



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/VII/66 - 19.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zum deutschen Wehrbeitrag	S. 1
Franco läßt Gewerkschafter hinrichten	S. 3
Der Rademacher-Prozeß und das Auswärtige Amt	S. 5

Unser Nein -

Fragen des deutschen Verteidigungsbeitrages in Einzeldarstellungen

Von Fritz Erler, MdB

IV. Amerika und Europa

Das einzige Argument für einen schnell zu leistenden deutschen Verteidigungsbeitrag, das einigen Eindruck auf die deutsche und die französische Öffentlichkeit zu machen geeignet schien, war der Hinweis auf die Möglichkeit, daß andernfalls die Amerikaner Deutschland und Europa ihrem finsternen Schicksal überlassen würden. So einleuchtend das Argument auch klingen mag, so falsch ist es.

Der von den amerikanischen amtlichen Vertretungen ausgeübte Druck und die Sprache eines Teiles der amerikanischen Presse erklären sich sehr einfach aus den Bedürfnissen der amerikanischen Innenpolitik. Im Wahlkampf um die Präsidentschaft sieht es besser aus, wenn man dem amerikanischen Volk die baldige Ablösung seiner in Europa stationierten Jungen durch Deutsche ankündigen kann, ohne daß damit ein Verlust an Sicherheit für Amerika oder Europa verbunden wäre. Das Letztere ist aber entscheidend. Niemand in Amerika will Europa aufgeben. Erklärungen auch ursprünglicher Isolationisten in jüngster Vergangenheit haben das sehr klargemacht. Beginnen wir mit dem republikanischen Präsidentschafts-

Kandidaten Taft, der erklärt, die Vereinigten Staaten würden ihr Interesse an Deutschland niemals verlieren, gleich ob es den Europa-armee-Vertrag ratifiziere oder nicht, weil Deutschland ein wichtiger wirtschaftlicher Mittelpunkt Europas und ein europäisches Bollwerk gegen die Ausdehnung des östlichen Kommunismus sei. Das ist ein klares Wort, auch wenn Taft ein amerikanisches Stirnrunzeln für den Fall der Nichtaufrüstung der Deutschen in Aussicht stellt. Charles E. Wilson, Amerikas Rüstungsdiktator, hat an Präsident Truman berichtet, daß Europa für das Verhältnis der Industriekapazität zwischen freier Welt und Sowjetblock das Zünglein an der Wage bildet. Die freie Welt einschließlich Europa stelle 75 Prozent der gesamten industriellen Leistungskraft. Wenn Europa aber verloren ginge, würde der Sowjetblock mit 51 Prozent das Übergewicht gewinnen. Diese Zahlen sind es offenbar gewesen, die den englischen Konservativen Boothby veranlaßt haben, im britischen Rundfunk auszuführen: "Wer annimmt, daß entweder die Vereinigten Staaten oder Großbritannien sich von der Verteidigung des kontinentalen Europas fernhalten könnten, ist nichts anderes als das Opfer einer Illusion".

Die im Zusammenhang um die deutsche Wiederaufrüstung entstandenen Spannungen in Europa haben viele Amerikaner, und zwar sehr einflußreiche, davon überzeugt, daß Amerika zu stürmisch vorgegangen ist. Walter Lippmann stellte am 21.2.52 in der "New York Herald Tribune" die immer weitere Entfernung der Bundesregierung vom nationalen Empfinden des deutschen Volkes fest. Er fordert, daß erst die politischen Verhältnisse geklärt, erst die französisch-deutsche Versöhnung herbeigeführt, erst die europäisch-politische Gemeinschaft geschaffen werden müsse und dann unter Umständen an die Wiederbewaffnung Deutschlands gegangen werden dürfe. Aus England, auch aus konservativen Kreisen, liegen zahlreiche ähnliche Äußerungen vor. Die Außenpolitische Kommission der britischen Arbeiterpartei hat sich am 28. Februar für die Vertagung der Wiederbewaffnung Deutschlands ausgesprochen.

Man kann also in aller Ruhe die Argumente des deutschen Volkes gegen seine Wiederbewaffnung unter den jetzigen Voraussetzungen mit unseren außenpolitischen Gesprächspartnern erörtern. Man kann es aber nur dann, wenn man nicht selbst fest entschlossen ist, um jeden

Preis Soldaten zu haben, wie es die Bundesregierung offenbar will. Die Amerikaner haben inzwischen einsehen gelernt, daß zwölf deutsche Divisionen auf der einen Seite unter Umständen aus 25 heute unzuverlässigen polnischen und tschechischen Divisionen hinter dem Eisernen Vorhang zuverlässige Bundesgenossen der Russen machen können. Wer die Sowjetunion im Kalten Krieg aus Europa herausmanövrieren will - und das sollte schließlich das gemeinsame Ziel sein, um den Heißen Krieg zu vermeiden, aber auch die Freiheit nicht zu verlieren - der muß alles tun, um die Völker hinter dem Eisernen Vorhang von ihren sowjetischen Unterdrückern zu trennen. Die deutsche Wiederbewaffnung im gegenwärtigen Zeitpunkt ist das sicherste Mittel, diese Völker fest an die Seite der Russen zu bringen.

Das Verständnis für jenes sozialdemokratische Argument wächst also überall in der Welt, daß die deutsche Wiederbewaffnung nicht mehr Sicherheit schafft, sondern in Wahrheit nur die internationalen Spannungen verschärft.

+ + +

Justizmord in Spanien

Franco bereitet einen zweiten Prozeß gegen 27 Gewerkschafter vor

Nachdem am vergangenen Freitag (14.5.) bereits fünf Gewerkschafter in Barcelona hingerichtet worden sind, steht jetzt ein z w e i t e r P r o z e ß gegen eine Gruppe von 27 Gewerkschaftern bevor. Diese Gewerkschafter wurden nach den Streiks in Barcelona, Bilbao, Madrid, Toledo und vielen anderen Städten Spaniens im März vorigen Jahres verhaftet und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. "Es besteht kein Zweifel", so schreibt die "New York Times" am 15. März 1952, "daß all diese Verhaftungen aus politischen Gründen erfolgten", d.h., weil die Verhafteten maßgeblichen Anteil an den Vorbereitungen und der Durchführung der Streiks im März vorigen Jahres hatten.

Zu diesen ungeheuerlichen Vorgängen schreibt "Metall", die Zeitung von IG-Metall, in der Ausgabe vom 19.3.52:

Fünf weitere Gewerkschafter, Kämpfer gegen die Terrorherrschaft Francos, wurden am vergangenen Freitag von der spanischen Justiz dem Henker übergeben. Ihr "Verbrechen": Angriffe gegen die Staatssicherheit! Gegen 25 andere Gewerkschafter, darunter zwei Frauen, wurden Gefängnisstrafen bis zu 30 Jahren ausgesprochen.

So wütet der faschistische Terror gegen das mutige spanische Volk, das in gewaltigen Streiks und Demonstrationen im März vorigen

Jahres seine Gegnerschaft gegen dieses korrupte, fluchbeladene System zum Ausdruck brachte ! Die Welt horchte damals auf. Es war das erstemal, daß sich das spanische Volk nach seiner schweren Niederlage wieder erhoben hatte. Die jetzt Hingerichteten und die zu schweren Kerkerstrafen Verurteilten gehören zu der langen Reihe derer, an denen das Franco-Regime dafür Rache nahm.

Aus der ganzen Welt liefen Proteste gegen die neueste Schandtat Francos ein, dessen Regime mit dem Blute von vielen Tausenden besudelt ist. Die British Labour Party und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften forderten noch in letzter Stunde im Namen ihrer Millionen Mitglieder Aufschub der Exekution und Überprüfung der Urteile des Militärgerichts von Barcelona. Franco glaubt sich aber heute international in so starker Position, daß er sich hohnlachend darüber hinwegsetzen könne.

Angesichts dieses ungeheuerlichen Verbrechens muß es gesagt werden: Die gesamte demokratische Welt - und auch die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen - mußte in ganz anderem Maße reagieren, um das Leben der spanischen Freiheitskämpfer zu retten ! Solange das Franco-Regime das spanische Volk unterdrückt, ist die gesamte demokratische Welt bedroht. Jeder Arbeiter, jeder Gewerkschafter, jeder Gegner der Diktatur, der in Spanien ermordet ist, ist einer der Unserigen. Jeder Schlag, den der Faschismus gegen die Freiheit in Spanien führt, ist auch ein Schlag gegen die internationale Gewerkschaftsbewegung, gegen die Freiheit in der Welt. Die Zusammenarbeit Francos, Hitlers und Mussolinis bei der Niederwerfung der spanischen Republik hat das anschaulich gezeigt. Daß unsere Brüder ermordet werden können, ohne daß sich ein vielmillionenstimmiger, donnernder Protest in der ganzen freien Welt erhebt, ist tief traurig. Haben wir uns durch Hitlers und Stalins Bluttaten so sehr an das Verbrechen gewöhnt, daß wir es widerstandslos akzeptieren ? Sind unsere Empfindungen so abgestumpft ?

Das spanische Volk leidet. Der Erzbischof von Valencia, Marcelino Olaechea Loizaga, erklärte kürzlich, die wirtschaftliche Lage des Volkes sei "tatsächlich unbeschreiblich schlecht". Das spanische Volk, die spanischen Gewerkschafter kämpfen für ihre elementarsten Lebensrechte und für ihre Freiheit. Und dieses Volk ist der natürliche Verbündete der Demokratien und der demokratischen Arbeiterbewegung. Franco ist ihr Todfeind. Einige Regierungen der Westmächte handeln jedoch, als ob Franco nie der Verbündete Hitlers und Mussolinis gewesen sei. Die Gelder, die heute an Franco gegeben werden, bewirken nicht die Stärkung der demokratischen Kräfte in der Welt oder die Hebung des wirtschaftlichen Wohlstandes des spanischen Volkes, sondern umgekehrt, die Verewigung der Terrorherrschaft über dieses Volk. Der neue faschistische Justizmord muß deshalb der Anlaß sein, in allen westlichen Ländern erneut und nachdrücklich zu fordern - so wie die beiden großen amerikanischen Gewerkschaftsbünde das wiederholt getan haben - daß jegliche Unterstützung des blutbesudelten Franco-Regimes zu unterbleiben hat.

Mitschuld des Auswärtigen Amtes

Bonner Intervention im Rademacher-Prozeß

Gegen das Urteil im Rademacher-Prozeß haben sowohl Verteidigung als auch Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das jetzige Auswärtige Amt, für das Bundeskanzler und Außenminister Dr. Adenauer verantwortlich zeichnet, hat allen Grund, die Revision zu fürchten. Das deutsche Ansehen gebietet es aber, daß in personeller Hinsicht alle Konsequenzen gezogen werden, die sich aus den Enthüllungen dieses Prozesses und anderen laufenden Untersuchungen ergeben.

Uns wird geschrieben:

Mehrere Wochen lang dauerte vor dem Schwurgericht Nürnberg der Prozeß gegen den früheren Legationsrat Franz Rademacher, den Judenreferenten in der Deutschland-Abteilung des ehemaligen Auswärtigen Amtes. Die Sensationen, die man zunächst vielfach erwartete, blieben vorerst aus. Wer aber den Prozeß genau verfolgte, erkannte bald immer deutlicher und erschreckender, daß dieser Prozeß mehr war, als ein Gerichtsverfahren gegen einen ehemaligen Angehörigen des Auswärtigen Amtes. Mit diesem Prozeß stand das ganze ehemalige Auswärtige Amt zum ersten Male vor den Schranken eines deutschen Gerichts. Die Verhandlung hat bewiesen, daß das alte Auswärtige Amt maßgeblich an den Ausrottungsmaßnahmen des Dritten Reiches gegen die Juden beteiligt war. Sie hat weiter bewiesen, daß die alten Angehörigen des ehemaligen AA, die sich über den Zusammenbruch gerettet haben und heute bereits wieder führende Positionen im neuen Auswärtigen Amt in Bonn bekleiden, sich mit jenen Männern solidarisch fühlen, die eine schwere Mitschuld an der Ausrottung von Juden im Dritten Reich hatten.

Im Jahre 1941 hatte Hitler eine Änderung der Judenpolitik befohlen und mit dem "Wannsee-Protokoll" die endgültige Lösung der Judenfrage herbeigeführt. Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, wurde mit der Durchführung dieses Planes beauftragt und die anderen Reichsbehörden von ihm in einer Besprechung von den Absichten Hitlers unterrichtet. Die bisherige Auswanderung der Juden wurde verboten und dafür der Abtransport nach den

besetzten Ostgebieten zum verschärften Arbeitseinsatz angeordnet. Hier sollte durch entsprechende Behandlung derjenigen Juden, die den Arbeitseinsatz überlebten, die endgültige Liquidation herbeigeführt werden. Rademacher hatte bereits im "Nürnberger-Prozeß" geleugnet, von diesem Plan Kenntnis gehabt zu haben und leugnete auch vor dem deutschen Schwurgericht. Seine eigenen Aktenvermerke aber deuten darauf hin, daß er mit seinem Vorgesetzten, Unterstaatssekretär Luther, der an der "Wannseebesprechung" teilgenommen hatte, über diesen Plan gesprochen haben muß. Trotzdem sah das Gericht seine Mitwisserschaft in diesem Fall nicht als erwiesen an.

Boch die Praxis der späteren Ausführung dieses Planes beweist eindeutig, daß Rademacher nicht nur diesen Plan unterstützt, sondern ihn in vielen Fällen durch eigene Initiative sogar noch erweitert hat. Das Judenreferat, dessen Leiter Rademacher war, wurde in zahlreichen Fällen vom Reichssicherheitshauptamt gefragt, ob Bedenken gegen den Abtransport von Juden bestimmter nichtdeutscher Nationalität bestünden. Rademacher fragte dann seinerseits bei der deutschen Vertretung in dem betreffenden Land an, ob eine Lösung in diesem Sinne möglich sei und leitete dann die Antworten, die fast immer zustimmend waren, an die Leiter der politischen Abteilungen des Auswärtigen Amtes zur Mitzeichnung weiter und gab dann die Einwilligung zum Abtransport der Juden an das Reichssicherheitshauptamt. Diese Entscheidung bedeutete dann für die betreffenden Juden in den meisten Fällen den Tod. Weiter hat Rademacher Vorschläge für internationale Kollektivverträge ausgearbeitet, um die Kominternpaktstaaten an die Judenpolitik des Dritten Reiches zu binden und durch andere Maßnahmen einen entscheidenden Einfluß in der Judenfrage gehabt.

Das alles geht aus den Akten, die der Staatsanwaltschaft vorlagen, klar hervor. Rademacher aber bagatellisierte alles, wußte alles in einem für ihn besseren Licht zu sehen und verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß er wohl nach außen hin so getan hätte, als wenn er für Hitlers Politik sei. in Wirklichkeit aber vieles getan habe, um das Los der Juden zu erleichtern. Seine Reise nach

Belgrad, die zur Erschießung von 1.500 serbischen Juden führte, leugnete er erst ab. Dann, aufgrund von Aktenbelegen, bequeme er sich zur Wahrheit, gab die Reise zu, wußte aber angeblich nicht, daß mit dem Wort "Liquidation" die Erschießung der Juden gemeint sei.

Beängstigend für uns alle ist die Tatsache, daß zahlreiche Zeugen des ehemaligen Auswärtigen Amtes, deren Unterschriften zum Teil unter jenen Dokumenten stehen, in ihren Aussagen Rademacher nicht nur stützten, sondern sogar behaupteten, das AA hätte von den Folgen der Judenpolitik Hitlers kaum etwas gewußt. Noch beängstigender ist jedoch die Tatsache, daß viele dieser ehemaligen Spezialisten, auf die man, wie es heißt, in Bonn nicht verzichten könne, heute bereits wieder in Amt und Würden sind. Ein früherer Mitarbeiter Rademachers, Dr.K. Roediger, bekleidet heute die Stelle eines Richters im obersten Gericht der Bundesrepublik. Wundert es, daß vor Beginn des Prozesses der Verteidiger Rademachers, Rechtsanwalt Dr.Tipp, mit dem neuen Auswärtigen Amt vereinbart hatte, daß er in der Beweisaufnahme möglichst keine Namen von wiederbeschäftigten ehemaligen Ribbentrop-Diplomaten nennen werde, wenn man seinen Mandanten stützen würde ?

Nun, die Unterstützung klappte nicht ganz, denn merkwürdigerweise tauchten plötzlich die Personalakten Rademachers mit vielen belastenden Dokumenten vor Gericht auf, obwohl es zuvor hieß, sie seien durch die Kriegereignisse verloren gegangen. Nun erklärte der Verteidiger in aller Öffentlichkeit, das neue Auswärtige Amt habe seinen Mandanten von hinten abgeschossen. Wie groß aber das schlechte Gewissen in Bonn war bzw. noch immer ist, geht daraus hervor, daß auch das Gericht und die Staatsanwaltschaft von Bonn aus gebeten wurden, das neue Auswärtige Amt in diesem Prozeß möglichst zu schonen.

Verantwortlich: Peter Raunau